

XXII. GP.-NR**1554 /J****2004 -03- 09****ANFRAGE**

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen

an den Bundesminister für Justiz betreffend die Justizanstalt Schwarzaau.

Seitens einiger Insassinnen der Justizanstalt Schwarzaau und deren Angehörigen wurde uns folgender Sachverhalt zugetragen:

Am Mittwoch, 4.2.2004 wurde von einer Spezialeinheit der Justizwache eine Alarmübung in der Justizanstalt Schwarzaau durchgeführt. Die Einheit bestand aus ca. 140 Beamten in Kampfanzügen und mit Schlagstöcken und Schilden ausgerüstet. Nach unseren Informationen hat sich die Einheit in der Früh in Gerasdorf gesammelt, um dann unangekündigt ihre Alarmübung in der einzigen Justizanstalt für Frauen in ganz Österreich zu begeben. Gegen 11.30 Uhr fiel die Einheit in der Justizwacheanstalt Schwarzaau ein. Ab dem Zeitpunkt war es BesucherInnen unmöglich die Justizanstalt zu betreten. Die meisten Insassinnen wurden von ihren üblichen Tätigkeiten zuerst in ihre Zellen gebracht und eingesperrt. Daraufhin erfolgt die Durchsuchung der Zellen, während der die Frauen zumeist mit dem Gesicht und den Händen zur Wand, in den Gängen, Küchen und auch in der Anstaltskapelle stehen mussten. Der „Zellenfilz“ dauerte ungefähr eineinhalb Stunden. In dieser Zeit wurden die spärlichen persönlichen Habeeligkeiten der Frauen ohne Rücksicht durchsucht. Folgende aufklärungswürdige Vorfälle gibt es aufgrund dieses Einsatzes:

- Die Frauen dürfen nur einmal pro Woche Wäsche waschen. Trotzdem wurden die Wäsche in großen Gesten auf den Zellenböden verteilt und die Männer trampelten mit den Schuhen darauf herum.
- Selbiges gilt auch für die Betten, auf denen ebenfalls mit den Stiefeln herumgetrampelt wurde, obwohl sich die Frauen nachts wieder in das selbe Bett legen mussten.
- Lebensmittel, wie Zucker, Mehl, etc., wurde in den Küchen ausgeschüttet, andere haben gefehlt.
- Handarbeiten, mit denen sich einige Frauen einen Nebenverdienst machen, wurden zerrissen, aufgetrennt, zerstört.
- Die Jugendlichen mussten ihren Englischkurs abbrechen, waren über 11 Stunden ohne Mahlzeit und über 5 Stunden ohne Trinken.
- Während den Leibesvisitationen und der Durchsuchung der Zellen in der Dauer von mindestens drei Stunden durften die Frauen die Toiletten nicht benutzen.
- Wäsche und Kleidung wurde zerrissen.
- Die Leibesvisitationen wurden zwar von einigen Beamtinnen der Justizanstalt durchgeführt, fanden aber unter anderem auf engstem Raum in den Vorräumen der WC-Anlagen statt (jeweils 2 Insassinnen und 2 Beamtinnen) sowie in der Anstaltskapelle und den Dienstzimmern.

- Während der Aktion wurde ein neuartiges, angeblich nicht zugelassenes Gerät zur Körperabtastung im Hinblick auf Drogendepots verwendet.
- Persönliche Gegenstände wurden zerstört (z.B. Porzellan zerbrochen).
- Schläge wurden angedroht.

Die Verwüstungen waren im Erstvollzug und in der Jugendabteilung am schlimmsten. Nur die Mutter-Kind-Abteilung blieb unbehelligt.

Die Aktion war angeblich durch Herren des Bundesministeriums begleitet. Einsatzleiter soll ein Herr Dr. Drechsler – Sicherheitsinspizient - gewesen sein. Auch der Anstaltsleiter der Justizanstalt Hirtenberg soll anwesend gewesen sein. In den während der Übung durch interne Truppenbeobachter geführten Protokollen sollen sich keine Einträge über die Verwüstungen und Übergriffe befinden.

Nach der „Übung“ zog sich die Truppe zum abschließenden Mahl in den Speisesaal zurück.

Die Einsatztruppe wirkte paramilitärisch, straff organisiert und salutierte beim An- und Abtreten. Die Beamten wirkten auf die Frauen bedrohlich. Die Insassinnen berichten über wochenlange Angstzustände. Der Anstaltspsychiater hat seit dem 4.2. ein erhöhtes Arbeitspensum.

Die Aktion wurde von den Frauen sehr entwürdigend empfunden und mit Nazimethoden gleichgesetzt. Es wurde von niemandem erklärt was passiert und warum, weder den Beamtinnen noch den Insassinnen. Einige sprechen davon sich wie Tiere gefühlt zu haben.

Es gibt bisher Briefe der verschiedensten Gruppen innerhalb und außerhalb der Justizanstalt an das Bundesministerium für Justiz und Beschwerden, besonders auch der beiden Pfarrer, ob der durchgeführten Leibbesvisitationen in der Kapelle.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

Anfrage:

1. Entspricht es der Wahrheit, dass innerhalb der österreichischen Justizwache eine militärisch organisierte Kampftruppe besteht?
2. Wenn ja, wie wird diese genannt?
3. Wenn nein, wer sonst hat den Vorfall am 4.2.2004 ausgeführt und zu verantworten?
4. Wenn ja, wem untersteht sie?
5. Seit wann besteht sie?
6. Aufgrund welcher Entscheidung wurde sie eingesetzt?

7. Wie viele Bedienstete umfasst sie?
8. Welche Befehle hat sie?
9. Was ist das Ziel der Einheit?
10. Was war das Ziel der „Alarmübung“ in der Justizanstalt Schwarza am 4.2.2004?
11. Wer wurde über den Einsatz im Voraus informiert?
12. Wo und wann fanden bisher ähnliche Einsätze statt?
13. Welche Ergebnisse oder Erkenntnisse brachten diese Einsätze?
14. Welche Ausbildung haben die am Einsatz teilnehmenden Bedienstete?
15. Aus welchem Grund werden Übungen von Kampftruppen in einer Frauenanstalt durchgeführt?
16. Warum wurden bei einer angeblichen Übung Leibesvisitationen an Unbeteiligten (nämlich den zivilen Insassinnen) überhaupt durchgeführt?
17. Stimmen Sie zu, dass die Übergriffe der Einheit grobe Verstöße gegen die Würde des Menschen sind?
18. Stimmen Sie der Aussage zu, dass Durchsuchungen gerechtfertigt sein müssen und nicht als Willkürakt gesetzt werden dürfen?
19. Sind Sie persönlich der Meinung, dass inhaftierte Frauen geeignete Übungsobjekte für eine Kampftruppe sind?
20. Warum wurden die persönlichen Gegenstände, Wäsche und Lebensmittel, die bekannterweise von Häftlingen von hohem Wert sind, zerstört?
21. Wie soll die Entschädigung der Frauen von Statten gehen? Wie sieht eine offizielle Entschädigung für einen inoffiziellen Einsatz aus?
22. Werden die Insassinnen psychologisch nachbetreut?
23. Sind weitere „Übungs“-Einfälle in dieser Art geplant?
24. Wer trägt die politische Verantwortung für diese Truppe?
25. Ist damit zu rechnen, dass dieser Vorfall im jährlich erscheinenden Menschenrechtsbericht der Organisation Amnesty International Erwähnung finden wird?
26. Mit welchen Konsequenzen müssen die einsatzführenden Bediensteten für ihre menschenrechtsunwürdige Vorgangsweise bei diesem Einsatz rechnen?
27. Wie ist der Einsatz am 4.2.2004 politisch zu rechtfertigen?
28. Welche Konsequenzen bezüglich Befehle und Ziel dieser Einheit werden Sie auf Grund dieses menschenrechtsunwürdigen Einsatzes ziehen?
29. Wann ist mit einer Auflösung dieser Einheit zu rechnen?

Reise Bahn

Hilf Untersuchung

Ulrike

Sime
Lange
P. L. W.

Quadrat